

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Freygang, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, berichtet über die Sitzung des Fachausschusses vom 26.11.2014. Es sei eine Sitzung der besonderen Art gewesen. Zwei Tage vor Sitzungsbeginn sei der Haushalt noch von einem Plus von ca. 40.000 Euro ausgegangen. Dann sei kurzfristig die Botschaft angekommen, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes um 750.000 Euro geringer ausfallen werden.

Im vierten Haushaltsentwurf seien durch gesunkene Schlüsselzuweisungen trotz Einsparungen noch Verschlechterungen in Höhe von 450.000 Euro eingetreten. StOAR Idel habe in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses erklärt, dass bei den Kernaufgaben kein Handlungsspielraum zur Kürzung mehr vorhanden sei. RM Freygang erklärt, dass der Haushalt 2015 trotz vieler Anstrengungen mit einem Fehlbedarf von 410.000,00 Euro abschließen wird und sich die bisher geplanten Überschüsse in den Jahren 2016 bis 2018 durch diese neue Lage halbieren werden. Bereits im Februar 2014 habe Einvernehmen darüber bestanden, einen ausgeglichenen Haushalt 2015 vorzulegen. RM Freygang zitiert aus dem Protokoll der Ausschusssitzung vom 26.02.2014:

„Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorzulegen und gleichzeitig entsprechende Konsolidierungsvorschläge auszuarbeiten und aufzulisten, mit denen sich insgesamt mindestens ein ausgeglichener Haushalt ergeben kann.“

Dies sei im Finanz- und Wirtschaftsausschuss aufgrund der Kürze der Zeit, aber auch jetzt noch nicht geschehen. Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sei der Haushalt mit fünf zu vier Stimmen angenommen worden. Er dankt StOAR Idel und ihren Mitarbeiter/-innen für die großen Anstrengungen zur Erstellung des Zahlenwerks, zumal in den wenigen Tagen vor der Sitzung eine erhebliche Arbeit auf ihnen lastete.

RM Eggerichs erklärt, dass heute der vierte Entwurf des Haushaltes 2015 vorliegt. Die weitere Änderung sei aufgrund der Verringerung der Schlüsselzuweisungen um 750.000 Euro notwendig geworden. Hierbei handele es sich um einen herben Schlag, obwohl der Grund selbst für die Kürzung begrüßenswert sei. Er weist darauf hin, dass die Steuereinnahmen der Stadt Schortens gestiegen sind. Das zeige auch die Kreisumlage, die zwar durch diese Absenkung der Schlüsselzuweisung um 100.000 Euro sinkt, aber trotzdem um 800.000 Euro höher liegt als im Plan 2014. Höhere Steuereinnahmen würden eben auch zu einer höheren Kreisumlage führen und als Kehrseite gesunkene Schlüsselzuweisungen zur Folge haben. Aber letztendlich verbleibe mehr Geld in der Stadt als durch diese Position verlorengelasse. Bis Ende 2018 könne der Schuldenstand auf über 16 Mio. steigen, wobei das Rechnungsergebnis 2014 noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Er berichtet, dass die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre immer eine Verbesserung der Haushaltslage mit sich brachten. Jetzt könne man sagen, „Prinzip Hoffnung“, aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der zwischenzeitlich abgegebenen Finanzberichte würde er jedoch sagen „Prinzip berechtigter Hoffnung“. Der allergrößte Teil der Zahlen sei unstrittig. Der Knackpunkt „Aqua-Toll“ sei bereits ausgiebig behandelt worden, der zweite Knackpunkt sei der Kunstrasenplatz Klosterpark.

Den Ball hierfür habe die CDU ins Rollen gebracht mit ihrem ersten Vorschlag, der aus unterschiedlichen Gründen leider nicht umgesetzt werden konnte. Im Jahr 2012 seien durch Gelb, Grün und Rot ca. 1 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt worden, die aufgrund der Feststellung der Mängel im Freizeitbad „Aqua-Toll“ wieder gestrichen wurden.

Durch diese beiden Versuche, die Situation im Klosterpark zu verbessern, seien beim HFC natürlich Begehrlichkeiten geweckt worden. Der HFC habe dann auch gearbeitet,

Verbindungen aufgenommen und den Vorschlag unterbreitet, einen Kunstrasenplatz anzulegen, der ungefähr 650.000 Euro kosten solle. Es sei ein Finanzierungsvorschlag unterbreitet worden, der eine Beteiligung von Stadt, Kreis und Landessportbund mit ungefähr je 1/3 vorsah. Dieser Vorschlag sei nicht ganz aufgegangen. Die Stadt werde nunmehr mit einer Summe von 400.000,00 Euro in eine gewisse Vorleistung gehen, der HFC und der Sportbund werden sich beteiligen. Die Vorleistung der Stadt soll als Sonderposten im Ergebnishaushalt als Mietzuschuss jährlich abgeschmolzen werden.

RM Eggerichs teilt mit, dass der erste Spatenstich für die Maßnahme bereits erfolgt ist, die Bausumme 650.000 Euro oder weniger beträgt und damit unter der vor zwei Jahren genannten Summe von 1 Mio. Euro liegt.

Es sei richtig, dass Rat und Verwaltung in der Zukunft noch viele Baustellen zu erwarten haben. Man werde keine großen Sprünge machen können, wenn man einen ausgeglichenen Haushalt erreichen möchte. Vermutlich ab dem Jahre 2016. Die Zahl müsse verschoben werden, da ein Ausgleich im Jahr 2015 höchstwahrscheinlich nicht so schnell möglich sein wird. Dann müsse man sich wieder konzentriert mit den freiwilligen Leistungen beschäftigen oder die Finanzberichte abwarten. Jedoch könne man nicht Hals über Kopf ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, sofern dies aufgrund der aktuellen Situation erforderlich werden sollte. Außerdem müsse die Stadt eine Neuverschuldung in Absprache mit der Kommunalaufsicht sicherlich möglichst gering halten.

RM Ottens erklärt, dass der vorliegende Haushalt für das Jahr 2015 einen Fehlbetrag von 410.000 Euro ausweist. Die Nettokreditaufnahme für das kommende Jahr von 3,1 Mio. Euro entspreche ungefähr Darlehen in Höhe von 3,7 Mio. Der Schuldenstand ohne Kassenliquiditätskredite werde Ende 2015 bei 13,6 Mio. Euro stehen, was einer pro Kopf Verschuldung der Stadt Schortens von 676,00 Euro entsprechen würde. Gegenüber 2011 sei das eine Steigerung von 18 %. Mit diesem Haushalt werde die Stadt zum Ende des nächsten Jahres 16,8 Mio. Euro Verbindlichkeiten haben. Pro Kopf bedeute das dann 832,00 Euro in der Stadt, was einer Steigerung von 23 % in einem Jahr entspricht.

Weiter führt RM Ottens aus, dass für die Folgejahre Haushaltsüberschüsse - nicht für 2015, aber für 2016, 2017 und 2018 - erwartet werden, die insgesamt 1,578 Mio. ausmachen. Aber rechne man die Haushaltsfehlbeträge aus den Jahren 2010 bis 2012 verringert um die Überschüsse aus den Jahren 2013 und 2014 dagegen, bleibe immer noch ein kleines Fehl von 81.000 Euro übrig. Er gibt RM Eggerichs Recht, dass die Stadt in den nächsten Jahren nicht auf Rosen gebettet sein wird.

Die größte Sorge in den nächsten Jahren bereite die Investition für den Umbau des Freizeitbades Aqua-Toll. Bei einer Gesamtinvestition von 6,4 Mio. Euro werde im Haushalt u. a. vorgerechnet, dass Vereine – gemeint seien hier wohl der HFC und die DLRG – 200.000 Euro Zuschuss geben. Soweit ihm bekannt sei, wollen die Vereine jeweils 100.000 Euro Zuschuss beim Landessportbund einwerben. Jedoch sei nicht bekannt, ob dies auch klappen wird. Er erkundigt sich, ob schon entsprechende Gespräche hierzu geführt wurden. Außerdem müssen seines Wissens Vereine, die eine Förderung beantragen, 20 % Eigenmittel bereitstellen. Sofern diese Dinge nicht abschließend geklärt sind, hat dieses seiner Ansicht nach in einem seriösen Haushalt nichts zu suchen. Eine Kommune sollte nur mit Mitteln planen, die sicher zur Verfügung stehen.

RM Ottens weist auf die Überschreitung der vom Landrat auf 6 Mio. Euro begrenzten Kreditaufnahme um 400.000 Euro hin und erklärt, dass der Gruppe „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kindo, Krüger“ nähere Angaben dazu fehlen, wie diese 400.000 Euro konkret kompensiert werden sollen. Hierzu sei schon auf die Spielplatzverkäufe bzw. den Verkauf von Grundstücken verwiesen worden. Aber auch seine Gruppe sei der Ansicht gewesen, dass die Erlöse aus dem Verkauf von Spielplatzgrundstücken in die restlichen Spielplätze investiert werden sollen.

Ihm sei auch nicht klar, wie man sagen kann, dass bei der Energiezentrale noch einmal 100.000 Euro eingespart werden können. Wenn man davon ausgehe, dass die Finanzierung mit einer Nettosumme von 5,778 Mio. wie beschrieben unter Berücksichtigung der Zuschüsse durch die Vereine eingehalten werden kann, dann würden anfängliche Zinsen von 47.000 Euro jährlich und eine anfängliche Tilgung von 189.000 Euro entstehen. Die jährlichen Gesamtkosten würden sich auf 236.000 Euro belaufen. Zusammen mit dem gerechneten jährlichen Betriebskostenzuschuss von 300.000 Euro würde das eine jährliche Gesamtaufwendung für das Aqua-Toll von 536.000 Euro ergeben. Dies müsse man dann auch ehrlicherweise den Bürgerinnen und Bürgern sagen. Und diesen Zuschuss habe man für das Aqua-Toll auch in den letzten Jahren gezahlt.

RM Ottens weist darauf hin, dass im Teilhaushalt 13 „Sport und Kultur“ die Baumaßnahme „Kunstrasenplatz Sportplatz Klosterpark“ mit einer Summe von 438.000 Euro und mit der Erläuterung „Maßnahme wird mit einer Sperre versehen, Auftragserteilung erst nach Beratung im Fachausschuss“ enthalten ist. Soweit ihm bekannt sei, habe der HFC als Bauherr auf der städtischen Sportanlage bereits einen Auftrag erteilt und mit der Baumaßnahme begonnen. Er erkundigt sich daher, ob eine weitere Beratung im Fachausschuss entbehrlich ist und eine Kontrolle und Begleitung der Baumaßnahme durch die politischen Gremien nicht erfolgt.

Abschließend teilt er mit, dass der Haushalt für die Gruppe „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kindo, Krüger“ viele Fragen aufwirft. Vor allem aber halte die Gruppe die Investition ins Freizeitbad „Aqua-Toll“ – gerade vor dem Hintergrund des doch relativ großen Sanierungsbedarfs öffentlicher Gebäude – für nicht verantwortbar. Das Geld werde in den nächsten Haushalten so einfach nicht verfügbar sein. Die Gruppe werde dem Haushalt aufgrund der vorgenannten Ausführungen nicht zustimmen.

RM Freygang erklärt, dass die CDU-Fraktion der Meinung ist, dass sich die Stadt Schortens das Freizeitbad „Aqua-Toll“ so nicht leisten kann und dieses daher nach wie vor ablehnt. Auf weitere Ausführungen zum „Aqua-Toll“ möchte er nach zwei Jahren der Auswertung und Bewertung von Gutachten und vielen geführten Diskussionen verzichten.

Weiter führt er aus, dass der Haushalt mit einem Fehlbedarf von 410.000 Euro abschließt. Die prognostizierten Überschüsse werden sich von etwas über 1 Mio. Euro auf rund 500.000/600.000 Euro in den nächsten Jahren verringern. Die wichtigste kommunale Steuer, die Gewerbesteuer, habe sich auf 4,1 Mio. Euro entwickelt. Zum Vergleich verweist er auf das Jahr 2006, in dem die Gewerbesteuer 2 Mio. Euro betrug. Für den Haushalt 2015 seien jedoch nur 3,9 Mio. Euro veranschlagt worden.

RM Freygang ist der Ansicht, dass bei einem Haushalt auch immer in die Zukunft geschaut werden muss. Ergänzend hierzu nennt er die Indizes der Wirtschaft, z. B. den Industrieproduktionskostenindex, den Geschäftsklimaindex. Er merkt an, dass die prognostizierte künftige Konjunktorentwicklung insgesamt deutlich nach unten zeigt. Die Weltwirtschaftstendenz zeige ebenfalls ein weiteres Absinken. Er gibt zu bedenken, dass die Exportkurve, die augenblicklich gestiegen ist, nur einen Teil der wirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung darstellt und die gesamte konjunkturelle Entwicklung auch die Steuerkraft der Kommunen - wenn auch mit etwas zeitlicher Verzögerung - in den nächsten Jahren treffen wird. Die hohen Gewerbesteuereinnahmen werde es in Zukunft nicht mehr geben.

Er weist darauf hin, dass für die Sanierung des Freizeitbades, die Finanzierung des jährlichen Zuschussbedarfs, die Finanzierungskosten sowie die Gebäudeunterhaltung betrachtet auf eine Finanzierung von 30 Jahren Kosten in Millionenhöhe auf die Stadt zukommen werden. Dabei dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, dass es sich dann immer noch um ein 40 Jahre altes Bad und nicht um ein neues Bad handeln wird.

Darüber hinaus sei durch Gutachten festgestellt worden, dass ein erheblicher Finanzierungsstau durch Sanierungen besteht. Nach Berechnung der CDU-Fraktion beläuft sich dieser Betrag derzeit auf 23 Mio. Euro. Hierzu verweist er auf Einrichtungen wie das Rathaus, das Bürgerhaus, die Grundschulen, Turnhallen/Sporteinrichtungen und die Feuerwehr Sillenstede. Ein Gutachten für die Bürgerbegegnungsstätte stehe noch aus. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt auch bei der Inanspruchnahme von energetischen Fördergeldern immer einen erheblichen Eigenanteil leisten muss.

RM Freygang ist der Ansicht, dass man sich als Klimaschutzbehörde mit einem Klimaschutzbeauftragten nicht nur auf eine Sanierung von Fenstern beschränken kann. Dies würde bauphysikalisch nicht gehen. Es bestehe also ein großer Bedarf, für den sicherlich eine Summe von 23 Mio. Euro benötigt wird. Über die Zeitachse hierfür sei noch zu beraten.

Die CDU-Fraktion stelle, trotz der Bekundungen des Bürgermeisters, dass der Haushalt konservativ gerechnet sei, fest, dass dieser extrem auf Kante genäht ist ohne die dringend notwendigen Spielräume für die Zukunftsaufgaben. Dies werde die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt in der Zukunft schmerzlich treffen. Er weist darauf hin, dass der Landkreis Friesland als kommunale Aufsichtsbehörde bereits im Jahre 2013 den Haushalt der Stadt Schortens nur mit vielen Auflagen und Bedenken genehmigt und die Investitionstätigkeit erheblich eingeschränkt hat. Die lebens- und lebenswerte Stadt Schortens werde einen Riss bekommen. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt nur durch Erhaltung einer guten Infrastruktur einen Bevölkerungszuwachs erreichen kann, den sie dringend benötigt. Hierzu geht er näher auf Prognosen ein, die für die Stadt Schortens von einem Einwohnerschwund um 3.000 Mitbürgern/Mitbürgerinnen in den nächsten Jahren ausgehen.

Abschließend teilt RM Freygang mit, dass der Schuldenstand 2013 12 Mio. Euro betrug und Ende 2018 bei 16 Mio. liegen wird. Der Schuldenstand pro Einwohner habe 2004 noch bei 450,00 Euro gelegen und liege nun aktuell bei 830,00 Euro. Der Schuldenstand pro Einwohner in vergleichbaren Städten und Kommunen weise einen Betrag von 620,00 Euro aus. RM Freygang erklärt, dass die CDU-Fraktion den Haushalt aufgrund dieser alarmierenden Zahlen für die Zukunft ablehnt.

Aus Sicht von **BM Böhling** würde eine Schließung von wichtigen Infrastruktureinrichtungen, zu denen auch das Aqua-Toll gehört, den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung schmerzlich treffen.

BM Böhling möchte gern einige Fragen beantworten, die während der Beratung gestellt wurden. Zur Frage des RM Eggerichs nach der Erforderlichkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes teilt er mit, dass laut Mitteilung des Landkreises Friesland ein Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2015 nicht erforderlich ist. Hintergrund hierfür sei die Sonderabschreibung von 900.000 Euro für das Freizeitbad. Wenn sich jedoch im Verlauf des nächsten Jahres gravierende negative Änderungen ergeben sollten, wäre die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich.

Zu den angesprochenen Spielplatzverkäufen weist BM Böhling auf die Beschlusslage hin, wonach die Hälfte der zu erwartenden Erlöse für die Attraktivitätssteigerung der verbliebenen Spielplätze verwendet werden und die andere Hälfte der Stadtkasse zufließen soll. Diese Beschlusslage hat im Haushaltsplan 2015 Berücksichtigung gefunden.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Ottens bestätigt BM Böhling, dass für die Maßnahme „Kunstrasenplatz“ ursprünglich ein Sperrvermerk bestand, und zwar bis zur Beratung im Fachausschuss. Diese Beratung sei aber inzwischen erfolgt, so dass diese Voraussetzung erfüllt ist. **StOAR Idel** ergänzt, dass die Maßnahme über zwei Jahre geplant war und im letzten Jahr Planungskosten in Höhe von 10.000,00 Euro eingestellt wurden. Der Rat habe seinerzeit die Aufnahme des Sperrvermerks beschlossen. Auch wenn die Beratung

inzwischen erfolgt sei, müsse der Sperrvermerk enthalten bleiben, da ansonsten der Haushaltsplan des vergangenen Jahres geändert werden müsste.

BM Böhling ist der Ansicht, dass dieser Kunstrasenplatz für die Vereine unheimlich wichtig ist. Er berichtet, dass ein entsprechender Nutzungsvertrag mit dem Heidmühler FC abgeschlossen wurde und seitens des Landessportbundes hierfür Fördermittel in Höhe von 100.000 Euro für den Kunstrasenplatz bereitgestellt werden.

Weiter führt er aus, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Landessportbund über Zuschussmöglichkeiten für das Freizeitbad Aqua-Toll mit Unterstützung der DLRG und des HFC geführt hat. Beide Vereine sind dazu bereit. Der Landessportbund hat signalisiert, dass entsprechende Gelder auch grundsätzlich fließen können.

RM Just erklärt, dass die BfB/UWG-Gruppe die beiden strittigen Projekte „Sanierung des Freizeitbades“ und „Bau des Kunstrasenplatzes“ unterstützt und dem Haushalt zustimmen wird. Die Gründe für die Unterstützung der Maßnahme „Aqua-Toll“ habe er heute bereits ausführlich dargestellt. Zum Kunstrasenplatz für den HFC führt er aus, dass hier eine sehr gute Lösung für die Stadt gefunden wurde, da dieser auf stadteigenem Gelände entsteht und damit Eigentum der Stadt sein wird. Alternativ hätte der vorhandene Schlackenplatz saniert werden müssen, was Kosten in Höhe von 100.000 Euro für die Stadt verursacht hätte. Mit dieser Lösung wäre seiner Ansicht nach wieder nichts Gescheitertes entstanden, da Mädchen- oder Damenmannschaften sowie die ganz Kleinen auf einem Schlackenplatz nicht spielen dürfen.

Er teilt mit, dass die Stadt aus eigenen Mittel jetzt nur 100.000,00 Euro mehr, nämlich um die 200.000,00 Euro, zahlt und dafür einen Kunstrasenplatz erhält. Zudem bestehe die Möglichkeit, vom Landessportbund einen Zuschuss von 100.000,00 Euro und vom HFC eine Eigenbeteiligung in etwa gleicher Höhe zu erhalten. Ferner erhalte die Stadt vom Landkreis eine Miete von 200.000,00 Euro. Hierzu führt er ergänzend aus, dass der Landkreis die Halle Jungfernbusch nur anmietet und die kumulierte Miete von 200.000,00 Euro zahlt, um dieses Projekt zu unterstützen. Alternativ hätte die Kreisverwaltung den Kreisgremien vorgeschlagen, eine eigene Halle zu bauen. Einen großen Vorteil sieht er auch darin, eine lediglich zum Teil ausgenutzte Sporthalle vollständig nutzen zu können.

Auch im Hinblick auf die noch offene Schulstandortdiskussion sieht er in der Anmietung durch den Landkreis einen Vorteil darin, die Sporthalle im Falle einer Schließung des Standortes Jungfernbusch auch künftig durch Mitnutzung durch den Landkreis wirtschaftlich betreiben bzw. abgeben zu können.

RM Just ist der Ansicht, dass für den Kunstrasenplatz die optimalste Lösung für die Stadt gefunden wurde. Die Stadt erhalte einen großen Wert in Höhe von 600.000,00/650.000,00 Euro bei einem Eigenanteil von im Grunde genommen 200.000,00 Euro.

Zu den Ausführungen des RM Just merkt **RM Homfeldt** an, dass der Kunstrasenplatz mit einem Kredit in Höhe von 438.000 € durch die Stadt voll finanziert wird und die Einnahmen über eine Laufzeit von 15 Jahren jährlich in den Haushalt eingebucht werden.

RM Borkenstein berichtet, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, eine Stellungnahme zum Entwurf des Landesraumordnungsprogrammes abzugeben, weil die Beigeordneten die Gefahr sehen, wieder von einem Grundzentrum mit mittelzentraler Bedeutung in ein Grundzentrum abzurutschen. Die Stadt Schortens verfüge über wunderbare infrastrukturelle Einrichtungen wie das Bürgerhaus, die Bücherei und das Bad. Er sieht die Einstufung als Grundzentrum mit mittelzentraler Bedeutung als gefährdet, wenn sich der Rat dazu entscheidet, die Infrastruktur zu beschneiden. Dies sei für die SPD-FDP-Gruppe ein weiterer wichtiger Punkt, sich für den Erhalt des Bades auszusprechen. Auch für den Erhalt des Status „Anerkannter Erholungsort“ sei dies von großer Bedeutung.

